



Kampagnenbüro beim Zentralrat der Freien Deutschen Jugend

Kontakt: Kampagnenbuero@FDJ.de, Tel.: 0176 2286 8746, www.FDJ.de - Spendenkonto: DE58 1007 7777 0568 4139 00, T.Schmidt
V.i.S.d.P.: M. Wildmoser, Weydingerstr. 12-14, 10178 Berlin

Im Osten sind es die Blauen, die Antifaschisten jagen wollen.¹
Und was tun die Grünen in Bremen?

Wozu in Bremen noch die Grünen genügen

Nach 30 Jahren der Diktatur der westdeutschen Bourgeoisie in Ostdeutschland kommt manch einem, der heute im Westen lebt, die Furcht, dass Leichen im Keller der BRD wieder auferstehen:

Frau Dr. Müller von Bündnis 90/Die Grünen stellt in der Diskussion zu ihrer Anfrage an den Bremer Senat die Nachfrage nach einer neuen einheitlichen Bewertung des Verbots der Freien Deutschen Jugend (FDJ) von 1951. Ohnehin sei der Passus in den Einigungsverträgen, der die Organisationen der DDR für weiterhin erlaubt erklärt, ja nur eine Übergangslösung, bis man sich daran gewöhnt habe, dass eben alles was bisher war eben falsch war.

Im Klartext: Eine antifaschistische, revolutionäre Jugendorganisation darf es nach Meinung der Frau Dr. Müller nicht geben. Noch in der selben Sitzung beteiligt auch die gute Frau sich an der obligatorischen Schweigeminute für die Opfer in Hanau. Rassisten die Morden? Das wollen wir nicht. Antifaschisten die etwas dagegen tun? Erst recht nicht!

Das Verbot einer antifaschistischen Jugendorganisation von 1951, ebenso wie das Verbot der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), war den Herrschenden wichtig, um Deutschland kriegsfähig zu machen. Es war wichtig, um Deutschland "wieder groß" zu machen.

Wer die Jugend hat, hat die Armee.

Nun, heute haben sie die Armee. Deutschland ist wieder wer.

Heute lehrt die deutsche Bourgeoisie wieder den Völkern das Fürchten; und um das zu können muss sie uns, der Jugend, den Mut nehmen. Den Mut nicht für den Profit der Kapitalisten zu kämpfen, sondern für die Freundschaft der Völker. Den Mut nicht nur etwas weniger Zerstörung der Erde zu wollen, sondern dass die Erde uns gehört und nicht denen, die sie zerstören.

Und was tun die Grünen/Roten/Blauen Parteien, die sich an den untergehenden Kapitalismus klammern? Während es für jeden Demokraten und Antifaschisten heißen müsste, den nächsten Krieg zu verhindern.

Auch 1918 machte der Bremer Senat Jagd auf die Arbeiter, Soldaten und junge Revolutionäre, die den Krieg mit ihrem Aufstand beendeten und die Bremer Räterepublik ausriefen.

Heute reagieren sie eben frühzeitig wenn sie sehen, dass Jugendliche sich revolutionär organisieren und aus der Geschichte und unseren Fehlern lernen; dass die Erhebung des Proletariats gegen die Diktatur der Bourgeoisie siegreich sein kann, wenn sie den Senat nicht verschont.

¹ Kleine Anfrage des Abgeordneten Horst Förster, Fraktion der AfD im Landtag Mecklenburg Vorpommern, zur Kampagne der FDJ „30 Jahre sind genug!“



Kampagnenbüro beim Zentralrat der Freien Deutschen Jugend

Kontakt: Kampagnenbuero@FDJ.de, Tel.: 0176 2286 8746, www.FDJ.de - Spendenkonto: DE58 1007 7777 0568 4139 00, T.Schmidt
V.i.S.d.P.: M. Wildmoser, Weydingerstr. 12-14, 10178 Berlin

Die FDJ - gegründet im Exil gegen den Hitlerfaschismus - kämpft seit 1936 gegen Faschismus und Krieg. Kämpfte auch in Bremen gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands, gegen alte und neue Faschisten in Amt und Würden und bekam dafür Jahrzehnte Zuchthaus aufgebrummt. Ein einiges, friedliches, demokratisches, antifaschistisches Deutschland war ihr Ziel. Dieser Kampf wurde in der DDR verloren, doch er wurde geführt. Aber in der BRD konnte unter der Herrschaft der alten Faschisten nur ein Verbot gegen den organisierten Kampf der Jugend und Antifaschisten kommen. Mit der Annexion der DDR durch die BRD wurde der Grundstein gelegt für das, was wir heute in Bremen wie in Ostdeutschland vorfinden: Salonfähig gemachte Faschisten a la AFD in Parlamenten, Staatsapparat & Co. und in Großdeutschland wird wieder über das Verbot von antifaschistischen Jugendorganisationen diskutiert.

Unsere Antwort, im Osten und im Westen: Revolution und Sozialismus!

Bremen, den 4. März 2020